

Nr. 275 | 18.05.2021

Polen-Analysen

Digitalisierung in Polen

■ ANALYSE	
Das Corona-Virus digitalisiert den Staat, aber noch nicht die Gesellschaft Piotr Arak, Polnisches Wirtschaftsinstitut, Warschau	2
■ DOKUMENTATION	
Die Kanzlei des Ministerpräsidenten: Digitalisierung im Landesaufbauplan	7
■ STATISTIK	
E-Learning in der Schule	9
<hr/>	
■ STATISTIK	
Covid-19 in Polen (Stand: 17. Mai 2021)	14
■ CHRONIK	
Covid-19-Chronik, 4. – 17. Mai 2021	18
<hr/>	
■ CHRONIK	
4. – 17. Mai 2021	19
<hr/>	
■ VERANSTALTUNG	
Von der Versöhnung zur Alltäglichkeit? 30 Jahre deutsch-polnische Nachbarschaft. Konferenz	21

Das Corona-Virus digitalisiert den Staat, aber noch nicht die Gesellschaft

Piotr Arak, Polnisches Wirtschaftsinstitut, Warschau

DOI: 10.31205/PA.275.01

Zusammenfassung

Die Corona-Pandemie hat den globalen Digitalisierungsprozess beschleunigt. Ältere und Jüngere mussten lernen, sich wie in einem Science-Fiction-Film zu verhalten, in dem Videokonferenzen persönliche Treffen ersetzen. Polen ist hier nicht anders als der Rest Europas. In der Vergangenheit bestanden allerdings Unterschiede, denn der Anpassungsprozess an die technologischen Neuheiten verlief in Polen langsamer. Polen holt jedoch in allen Bereichen der öffentlichen (Behördenkontakte, Gesundheitsleistungen) und privatwirtschaftlichen Digitalisierung auf. Aufgrund der Pandemiebedingungen wurden außerdem Homeoffice und Distanzunterricht notwendig, wobei das Schulsystem einen großen Nachholbedarf zeigt. Die Regierung plant einen weiteren Ausbau der digitalen Infrastruktur, auch in Hinblick auf die Verwendung der EU-Mittel für den wirtschaftlichen Wiederaufbau nach der Corona-Pandemie. Die Überwindung mangelnder Akzeptanz in die digitalen Dienste bei einem Teil der Bevölkerung wird eine große Aufgabe für die nächsten Jahre sein.

Das digitale Polen an der Schwelle der Corona-Pandemie

Seit sechs Jahren veröffentlicht die Europäische Kommission jährlich ein Ranking auf der Grundlage des »Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft« (*Digital Economy and Society Index – DESI*). Im Jahr 2020 rückte Polen um zwei Plätze auf Platz 23 vor. Mit 45 Punkten liegt es aber immer noch unter dem europäischen Durchschnitt von 52,6. Polen befindet sich heute also vor Zypern, Italien, Rumänien, Griechenland und Bulgarien. Bessere Ergebnisse weisen aber immer noch die Slowakei, Ungarn und Tschechien auf. Von den ostmitteleuropäischen Ländern ist Estland am fortgeschrittensten und belegt den siebten Platz in der Europäischen Union (hier wird Großbritannien mitberücksichtigt).

In einigen Aspekten holt Polen die europäischen Anführer erst ein, es gibt aber auch einen Bereich, in dem es am besten abschneidet: Polen weist innerhalb der EU das höchste Niveau bei der Nutzung von Mobilfunk-Breitbandanbindungen auf (175 SIM-Karten pro 100 Einwohner; damit überflügelt es Finnland und Estland). Hinzu kommt, dass die Preise in Polen neben Rumänien die niedrigsten in der EU sind. Die exzellenten Ergebnisse im Bereich der Festnetze mit sehr hoher Kapazität (*Very High Capacity networks – VHCN*) sowie die 4G-Netze trugen zur Verbesserung des Gesamtergebnisses in der Kategorie »Konnektivität« des *DESI* bei. Mit dem Ergebnis 51,3 belegte Polen Platz 15 und weist ein höheres Ergebnis als der EU-Durchschnittswert (50,1) auf.

In der Kategorie »Humankapital« des *DESI* befand sich Polen auf Platz 22. Die digitalen Kompetenzen der Polen liegen deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Während 33 Prozent der Gesamtbevölkerung der EU im Jahr 2019 mehr als nur digitale Basiskompetenzen hatten (sie waren beispielsweise imstande, eine Lösung

für eine berufliche Aufgabe im Internet zu finden, eine Datei von einem Gerät zum anderen zu verschicken und eine *cloud* zu nutzen), waren es in Polen nur 21 Prozent.

Die Regierung kündigte an, diese Situation in den kommenden Jahren zu verbessern, denn der durchschnittliche Verbraucher kommt in Polen mit der digitalen Technologie schlechter zurecht, während andererseits unser Land ein Anführer bei der Durchführung technologischer Investitionen ist und seine Informatiker zu den besten der Welt gehören. Beim *International Collegiate Programming Contest (ICPC)* im Jahr 2019 erlangten beispielsweise Studierende der Universität Warschau den vierten Platz und wurde ihnen eine von vier Goldmedaillen und der Europameistertitel verliehen. Studierende der Universität Wrocław belegten den sechsten Platz und erhielten eine Silbermedaille. Insgesamt starteten 135 Teams in diesem Wettbewerb, welche die weltweit besten Universitäten mit Informatikstudiengängen repräsentierten.

Laut *DESI* steht Polen auch gut da, was Open Data für Bürger und Wissenschaftler betrifft. In dieser Kategorie liegt es über dem EU-Durchschnitt und besetzt den siebten Platz in der EU. Auch in anderen Untersuchungen ist Polen bei der Zugänglichkeit von Daten ähnlich hoch eingestuft: 2020 belegte Polen im OECD-Ranking »*OURData Index*« (*Open, Useful and Re-usable data – OUR*) den zwölften Platz von 31 und im »*Open Data Maturity Report*« 2020 der Europäischen Kommission rückte es auf den siebten Platz aller EU-Mitgliedsstaaten vor.

Die Pandemie beschleunigt die Digitalisierung des Staates

Bereits vor der Corona-Pandemie wurden dem Bürger im Laufe der Jahre verschiedene Dienstleistungen online

zugänglich gemacht. Bereits vor 2020 konnte man die Fahrzeuganmeldung in Polen online durchführen sowie die Strafpunkte bei Verkehrsverstößen einsehen. Man braucht auch nicht mehr den Kfz-Schein physisch mit sich zu führen sowie man den Führerschein vergessen darf, da sie als App im Mobiltelefon abrufbar sind. Das gilt auch für den Personal- und Studentenausweis. Auch die »Televisiten« beim Arzt (Sprechstunden per Telefon, Video oder E-Mail), die aufgrund der Corona-Pandemie eingerichtet wurden, wären heute nicht vorstellbar, wenn nicht im Jahr 2019 das System der elektronischen Rezepte eingeführt worden wäre. Sie werden direkt in das online-Patientenkonto (*Internetowe Konto Pacjenta*) eingetragen und können vom Apotheker abgerufen werden. Wenn erwünscht, erhält der Patient in Polen also nicht mehr ein Rezept in Papierform, sondern per SMS oder E-Mail. Zugegebenermaßen ist die Gesellschaft erst dabei, sich das neue Format der »Televisite« anzueignen.

Anfang 2021 besaßen bereits über zehn Millionen Polen, also mehr als ein Viertel der Bevölkerung, ein sogenanntes »Vertrauensprofil« (*profil zaufany*). Dabei handelt es sich um eine kostenfreie Methode für die polnischen Bürger, eine online-Identität in den elektronischen Verwaltungssystemen der öffentlichen Behörden einzurichten. Im Laufe der Corona-Pandemie kamen mehrere Millionen neuer Nutzer dieser sicheren Benutzerschnittstelle für den online-Kontakt mit Behörden hinzu. Im Jahr 2019 legten mehr als 2,1 Millionen ein Profil an, ein Jahr später kamen knapp 4,2 Millionen hinzu.

Mit Hilfe des »Vertrauensprofils« kann man zum Beispiel online einen Antrag für einen Personalausweis stellen, Briefe an Behörden schicken, sich in die Nutzerplattform der Sozialversicherungsanstalt (*Zakład Ubezpieczeń Społecznych – ZUS*) oder ins Konto der Regierungsplattform *Mój GOV* einloggen. Deren elektronische Dienste haben an Attraktivität gewonnen, da der Besuch in Behörden aufgrund der Corona-Pandemie erschwert ist. Am häufigsten wurden sie genutzt, um den Wohnsitz an- oder abzumelden, Veränderungen im Familienstand oder die Geburt eines Kindes anzuzeigen. In den letzten fünf Jahren haben die Polen 143 Millionen Schreiben bzw. Formulare in elektronischer Form an Behörden gerichtet.

Das »Vertrauensprofil« kann auch für die Anmeldung zur Impfung gegen Covid-19 genutzt werden. Um älteren Menschen diese Aufgabe zu erleichtern, hat die Regierung einen Sonderzugang eingerichtet. Sie können in einem direkten Gespräch mit einem Behördenmitarbeiter ein vorläufiges »Vertrauensprofil« einrichten; für ein solches Gespräch kann man sich auf der Internetseite der Regierung anmelden.

Seit Juli 2020 können die Polen das Ergebnis ihres Covid-19-Tests in ihrem online-Patientenkonto abru-

fen. Das war ein Wendepunkt, ab dem das seit langem bestehende digitale Angebot massenhaft genutzt wurde. Mitte 2020 hatte das online-Patientenkonto 2,5 Millionen Nutzer. Im November, als über das online-Patientenkonto zusätzlich der Kontakt zum Gesundheitsamt ermöglicht wurde, waren es bereits 3,5 Millionen aktive Nutzer; Ende März 2021 waren es 5,5 Millionen.

Einen großen Einfluss auf die Belebung der digitalen Dienstleistungen hatten die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie. Die Regierung verabschiedete breit angelegte Hilfsprogramme. Die Hauptrolle spielten dabei zwei Institutionen, der Polnische Entwicklungsfonds (*Polski Fundusz Rozwoju – PFR*), vergleichbar mit der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau, und die Sozialversicherungsanstalt. Sie waren verantwortlich für die Auszahlung der Unterstützung im Rahmen der »Antikrisen-« und »Finanzschirme«. Die Tätigkeit des *PFR* war insofern bahnbrechend, als die Unternehmen ausschließlich auf elektronischem Wege ihre Anträge einreichen konnten. Davor hatte sich die öffentliche Verwaltung solchen Lösungen gegenüber eher reserviert verhalten.

Es zeigte sich, dass das System weitestgehend fehlerfrei war und dass es richtig war, diesen Weg einzuschlagen. Wenn ein elektronisches Formular gut vorbereitet ist, gibt es keine Missverständnisse und müssen anschließend keine Fehler berichtigt werden, wie es bei Dokumenten in Papierversion der Fall sein kann. Im Rahmen des ersten Subventionsprogramms wandten sich 390.000 Unternehmen an den *PFR*, 348.000 erhielten eine Unterstützung. Alle Angelegenheiten wurden innerhalb einer Woche elektronisch bearbeitet.

Eine ähnliche Entwicklung in noch größerem Ausmaß war bei der *ZUS* zu beobachten. Sie setzt schon seit langem auf elektronische Dienstleistungen, arbeitete bis zu Beginn der Pandemie aber parallel immer noch mit Papierdokumenten. Diese wurden dann zugunsten der elektronischen Version aufgegeben. Ähnlich wie beim *PFR* führte das zu einer Minimierung der Fehler bei der Antragstellung, was auch bedeutete, dass sich die Anzahl der klärenden Nachfragen reduzierte.

Ein Wendepunkt war auch die Einführung eines Solidaritätszuschusses für Arbeitnehmer, die infolge der Corona-Pandemie ihre Arbeit verloren hatten. Auch diese finanzielle Hilfsmaßnahme konnte man nur digital beantragen. Sie erreichte ca. 130.000 Personen mit insgesamt 313 Millionen Zloty. Die Sozialversicherungsanstalt führte auch digitale Besuche in der Behörde mit Hilfe von online-Kommunikationsprogrammen durch. Bis Ende 2020 beantragten ca. 30.000 Personen einen Termin.

So vollzog sich ein weiterer Sprung in Richtung Digitalisierung der öffentlichen Dienste. Der erste Schritt war die elektronische Einkommensteuererklärung

Anfang der 2010er Jahre. Heute ist es im Grunde nicht mehr notwendig, eine Einkommensteuererklärung auszufüllen: Wenn wir keine Präferenzen haben, welcher Nichtregierungsorganisation wir ein Prozent unserer Einkommensteuer zukommen lassen wollen und keine besonderen Steuererleichterungen beantragen, füllt sich die Einkommensteuererklärung praktisch von selbst aus. Früher war es häufig ein Alptraum für die Steuerzahler, jetzt ist es eine ziemlich simple Formalität, für die man nur einen Internetzugang zu haben braucht. Im Jahr 2020 kam es zu einem neuen Rekord – von insgesamt 20,9 Millionen Steuererklärungen für das Jahr 2019 wurden ca. 18,3 Millionen online eingereicht.

Für die Unternehmen war die elektronische Kommunikation mit der ZUS ein Wendepunkt, für die durchschnittliche Familie die Einführung des Familienförderprogramms »500 plus«. Dieser Unterhaltszuschuss konnte ebenfalls auf elektronischem Wege beantragt werden; hinzu kam, dass die Regierung die Möglichkeit einführte, die online-Identifizierung mit Hilfe des Onlinebanking des betreffenden Nutzers durchzuführen. Das führte zu einer spektakulären Zunahme der »Vertrauensprofile« seit dem Jahr 2016.

Der Konsument verlagert sich allmählich ins Internet

Vor der Corona-Pandemie haben laut Daten von Eurostat aus dem Jahr 2019 54 Prozent der Polen Einkäufe im Internet gemacht. Polen lag damit auf Platz 17 in der EU. Was die Unternehmer betrifft, die ihre Produkte im Internet verkaufen, lag Polen auf dem 18. Platz (16 Prozent der Unternehmen in Polen gegenüber 28 Prozent im EU-Durchschnitt). Beim Anteil der aus dem *e-commerce* generierten Umsätze am Wert des Gesamtumsatzes liegt Polen auf EU-Niveau. Polen belegt mit einem Anteil von 18 Prozent hier den 12. Platz und entspricht genau dem EU-Durchschnitt.

Der Lockdown, der aufgrund der Corona-Pandemie in Polen Mitte März 2020 eingeführt wurde und Beschränkungen bei den Einkaufsmöglichkeiten in den Geschäften nach sich zog, hatte den Anstieg der Einkäufe im Internet zur Folge. Der Anteil der online-Verkäufe stieg gewaltig – von 5,6 Prozent im Januar und Februar 2020 auf 8,1 Prozent im März und 11,9 Prozent im April 2020. Aufgrund der Wiedereröffnung der Geschäfte erfolgte ein Rückgang, jedoch wegen eines neuen Lockdowns ab November eine erneute Zunahme auf ca. zwölf Prozent im Dezember 2020.

In einer Untersuchung des Polnischen Wirtschaftsinstituts (*Polski Instytut Ekonomiczny – PIE*) und des *PFR* unter Unternehmern im August 2020 gaben 29 Prozent an, dass sie ihre Dienstleistungen bzw. Waren mit Hilfe des Internets verkaufen. Klassifiziert nach Art der Tätigkeit, handelte es sich mit 45 Prozent vor allem um Han-

delsunternehmen, gefolgt von Produktionsunternehmen (31 Prozent) und Dienstleistern (21 Prozent). In diesen drei Gruppen lässt sich allein beim Handel ein deutlich zunehmendes Interesse am online-Verkauf in der Phase der Pandemie beobachten: Der Anteil der Firmen, die diese Tätigkeit angaben, stieg von 39 auf 43 Prozent.

Die Befragungen von Konsumenten wiederum zeigen einerseits einen im Vergleich zu der Zeit vor der Corona-Pandemie relativ geringen Zuwachs bei denjenigen, die im Internet einkauften, und andererseits ein größeres Interesse am online-Einkauf derjenigen, die bereits vor der Pandemie diese Form genutzt haben. Mehr als jeder Vierte der Befragten (26,9 Prozent) gab an, dass er während der Phase der Pandemie häufiger online eingekauft hat als vorher, und mehr als jeder Fünfte (21,2 Prozent), dass er im kommenden halben Jahr diese Form des Einkaufens bevorzugen wird. Gleichzeitig kauften nur 1,3 Prozent in der Phase der Corona-Pandemie zum ersten Mal etwas im Internet, und 27,5 Prozent gaben dagegen an, dass sie nicht vorhaben, in der nächsten Zeit auf diese Art des Einkaufens auszuweichen.

Homeoffice nur für Ausgewählte

Nach Angaben des Weltwirtschaftsforums (*»The Future of Jobs Report 2020«*) haben 86 Prozent der polnischen Unternehmen infolge der Covid-19-Pandemie die Digitalisierung ihrer Arbeitsprozesse beschleunigt (u. a. mit Hilfe der Durchführung von Videokonferenzen und des Einsatzes weiterer digitaler Instrumente) und 71 Prozent erweiterten für ihre Angestellten die Möglichkeit des Homeoffice. In Westeuropa wurde viel darüber diskutiert, wie viele Menschen im Homeoffice arbeiten und welchen Einfluss das auf die Arbeit nimmt. In Bezug auf Polen erscheint die Diskussion recht künstlich, denn das Arbeiten im Homeoffice betrifft nur einen kleinen Ausschnitt des Arbeitsmarktes, und zwar Arbeitnehmer, die ihre Tätigkeit am Computer und unter Nutzung der digitalen Technologien (E-Mail-Korrespondenz, digitaler Dokumentenaustausch) ausüben, zum Beispiel im Dienstleistungssektor. Im Rahmen der im Juli 2020 durchgeführten Untersuchungen des *PIE* und *PFR* sagten 44 Prozent der Befragten, dass es in ihren Unternehmen keine Möglichkeit gibt, von zu Hause aus zu arbeiten. 25 Prozent gaben an, dass es nur einzelne Arbeitsplätze in ihren Betrieben gibt, die eine Verlagerung ins Homeoffice zulassen (zum Beispiel Bürotätigkeiten in Industrieunternehmen). Nur in 28 Prozent der Fälle wurde die Tätigkeit im Homeoffice umfassend umgesetzt. Für neun Prozent der Befragten war das Homeoffice im Lockdown verpflichtend.

Gefragt wurde außerdem nach der Beurteilung der Arbeit im Homeoffice, das heißt ob die Arbeitnehmer weiter in dieser Form arbeiten möchten. Die Hälfte der Befragten kam zu dem Urteil, dass sich ihr Arbeits-

platz nicht für die Tätigkeit im Homeoffice eignet. Die andere Hälfte teilte sich auf diejenigen auf, die das Homeoffice (zwölf Prozent), eine Mischform (14 Prozent) bzw. die klassische Ausübung der Tätigkeit (16 Prozent) bevorzugen.

Nach Angaben des Hauptstatistikamtes (*Główny Urząd Statystyczny – GUS*) vom 31. März 2020 übten elf Prozent der Beschäftigten in Polen ihre Tätigkeit im Homeoffice aus; die Mehrheit war im öffentlichen Dienst tätig (18 Prozent insgesamt im Vergleich zu acht Prozent des privaten Sektors). Im März 2020, mit beginnendem Lockdown, setzte vor allem für Beschäftigte im Bildungsbereich (mehr als 35 Prozent), im Bereich Information und Kommunikation (ca. 35 Prozent) sowie für manche Selbständige und wissenschaftliche und technische Berufe (mehr als 25 Prozent) die Tätigkeit im Homeoffice ein.

Die digitale Schule als größte Herausforderung

Beim Übergang vom Präsenz- zum Distanzunterricht in einem bisher nicht gekannten Ausmaß auf allen Ausbildungsebenen traten viele Probleme auf, angefangen von der entsprechenden technischen Ausrüstung und Infrastruktur, die fehlten, bis zu den mangelhaften digitalen Kompetenzen der Lehrer und Schüler.

In Polen gibt es einem Bericht des Zentrums für Ökonomische Analysen (*Centrum Analiz Ekonomicznych – CenEA*) vom März 2020 zufolge in jeder zehnten Familie mit einem alleinerziehenden Elternteil keinen Computer mit Internetanschluss und in jeder achten Familie reicht die Anzahl der Computer nicht für jeden Schüler aus. In Familien mit beiden Elternteilen haben 6,4 Prozent keinen Computer und in 18,2 Prozent der Familien gibt es weniger Computer als Schüler.

Laut Untersuchungen des *PIE* gaben 85 Prozent der Lehrer im Jahr 2020 fehlende Erfahrungen im Umgang mit den Instrumenten des Distanzunterrichts an. Knapp fünf Prozent beurteilten ihre Kenntnisse in diesem Bereich als sehr gut. Gleichzeitig schätzten nur acht Prozent der Schüler die Kompetenz der Lehrer im Bereich des Distanzunterrichts als hoch ein. 62 Prozent der Schüler betrachteten diese Form des Unterrichtes als ineffektiv. Die Pandemie offenbarte auch eine neue Dimension des technischen Ausschlusses. Zwar besaßen 97 Prozent der Haushalte zumindest einen Computer, aber als der Unterricht nach Hause verlegt wurde, trat das Problem auf, dass sich die schulpflichtigen Kinder den Rechner teilen mussten, die Datenleitungen nicht ausreichten oder die Größe des Datentransfers monatlich begrenzt war.

Vor diesem Hintergrund hob sich das Programm *Librus* positiv ab. Es handelt sich um ein kommerziell betriebenes elektronisches »Klassenbuch«, das den Kon-

takt mit den Eltern ermöglicht sowie die Überprüfung der Anwesenheit, der Hausaufgaben und der Noten. Mit Hilfe einer App werden die Eltern über aktuelle Stundenplanänderungen und wichtige Ereignisse im Schulalltag informiert.

Im April 2020 waren mehr als 80 Prozent der Schülerinnen und Schüler in 172 Staaten von den Einschränkungen im Zusammenhang mit dem Distanzunterricht betroffen. Anfang Oktober sah die Situation besser aus: Ca. 33 Prozent der Schüler weltweit waren von den Beschränkungen betroffen und 35 Staaten hatten für den Präsenzunterricht landesweit Einschränkungen verhängt.

In Polen kehrte der Unterricht in den Grundschulen und weiterführenden Schulen im September 2020 wieder zum Zustand vor der Covid-19-Pandemie zurück. Ein großer Teil der Hochschulen blieb dagegen beim Modell des Distanzunterrichts oder einer Mischung aus Präsenz- und Distanzveranstaltungen. Infolge der zweiten Corona-Infektionswelle schlossen die Schulen bereits wieder im November 2020. Die Bildungslücken und sozialen Defizite infolge der Corona-Pandemie prägen möglicherweise eine ganze Generation junger Menschen, da sie weniger Chancen auf Wissenserwerb und Sozialisierung haben. Ein Schlüsselprojekt für die kommenden Jahre wird daher sein, die Schulen, ihre Ausstattung und Methoden zu modernisieren.

Die Prioritäten der Regierung für die Zeit nach der Pandemie

Mit Blick auf die Herausforderungen bei der Digitalisierung der Gesellschaft und Wirtschaft hat die polnische Regierung in ihrer Strategie des wirtschaftlichen Wiederaufbaus eine Reihe von Projekten angekündigt, die bis zum Jahr 2024 realisiert werden sollen. Das Ziel ist, die Nutzung digitaler öffentlicher Dienstleistungen zu erhöhen, was auch heißt, die technologisch konservative Gesellschaft dazu zu bringen, sich immer häufiger für sie zu entscheiden.

Laut Ankündigungen der Regierung wird bis zum Jahr 2024 jeder Haushalt in Polen Zugang zu einem Breitbandanschluss haben, mit der Möglichkeit, die Datenübertragungsgeschwindigkeit auf Gigabit pro Sekunde zu erhöhen.

Die Polen erwarten, insbesondere während der Corona-Pandemie, dass sie alle Angelegenheiten online erledigen können. Deshalb plant die Regierung, die Digitalisierung als Grundlage für die Beziehung zwischen Bürgern und Behörden voranzutreiben. Den öffentlichen Dienstleistungen von der Ausstellung des Führerscheins über öffentliche Konsultationen (zum Beispiel bei Gesetzgebungsprozessen) bis zur Einreichung von Beschwerden etc. sollen digitale, letztendlich bevorzugte Pendanten an die Seite gestellt werden.

Die Maßgabe ist, dass die Papierversion für Beantragungen, Einreichungen etc. zwar weiterhin möglich ist und akzeptiert wird, aber künftig die Ausnahme und nicht die Regel ist. Der Kontakt mit den Behörden und die Beratungstätigkeit wird durch fest etablierte Instrumente wie online-Vergabe von Terminen, Tele- oder Videokonsultationen mit Behörden, *chatbots* oder *voicebots* gesteuert.

Der Anteil der Polen, der das Internet für den Kontakt mit den Behörden nutzt, wird sich infolge der Werbung für digitale Dienste bis zum Jahr 2023 auf 60 Prozent erhöhen und jeder zweite Pole wird – so die Pläne der Regierung – ein »Vertrauensprofil« haben.

Geplant ist vonseiten der Behörden, die Identifizierungssysteme »Vertrauensprofil«, »*mObywatel*« (zu Deutsch: mobiler Bürger) und »*eDowód*« (zu Deutsch: elektronischer Personalausweis) mit dem Ziel zu integrieren, ein aus mehreren Komponenten bestehendes Modell der digitalen Identität aufzubauen. Das soll ermöglichen, die digitale Identität im Alltag in großem Umfang einzusetzen, sowohl im Kontakt mit den Behörden als auch in geschäftlichen Angelegenheiten. Anstatt ein Amt aufsuchen oder persönlich einen Einschreibebrief abholen zu müssen, kann der Bürger dieselbe Angelegenheit per Mausklick erledigen, unabhängig von seinem Aufenthaltsort. Dies knüpft an die bereits eingeführte e-Zustellung an, die eine E-Mail mit einem Einschreibebrief gleichstellt.

Die Regierung plant, den Gemeinden kostenfrei ein System von *cloud*-Lösungen für die Organisation und Tätigkeit ihrer Behörden zur Verfügung zu stellen. Es soll Instrumente für Portale und Chatbots für das gemeinsame Arbeiten sowie den Kontakt mit den Bürgern enthalten. Die regionalen und kommunalen Behörden bekommen auch die Möglichkeit, ihre Internetseiten im Portal »*samorzad.gov.pl*« hochzuladen, wo alle polnischen Gemeinden und Kreise ihre Inhalte veröffentlichen können.

Es hat sich gezeigt, dass der Distanzunterricht auch eine Herausforderung ist. Diese Form des Unterrichtens

in der Corona-Pandemie kann langfristige Folgen für die jungen Menschen nach sich ziehen. Daher bereitet die Regierung – ähnlich wie in anderen EU-Ländern, drunter auch Deutschland – ein Programm vor, um die Lerndefizite aufzuholen und Unterschiede im Wissenserwerb der Schülerinnen und Schüler zu minimieren. Im Schuljahr 2021/22 soll ein für alle polnischen Schultypen einheitlicher Bildungsserver eingeführt werden, der als Kommunikationsplattform der Schüler und Eltern mit der Schule fungieren und auch die Möglichkeit bieten soll, virtuelle Klassen zu bilden.

Technologischer und digitaler Fortschritt sind stark mit wachsendem Wohlstand und steigender wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit verbunden. Je wohlhabender eine Gesellschaft, die Wirtschaft oder eine Branche wird, desto schneller und vorbehaltloser findet die Digitalisierung statt. Die Polen möchten Vorreiter auf diesem Gebiet sein, aber dafür ist es notwendig, den digitalen Dienstleistungen mehr Vertrauen entgegenzubringen.

Der digitale Fortschritt findet nicht ohne Beteiligung der Gesellschaft statt. Das im Vergleich zu Westeuropa niedrige Niveau der grundlegenden digitalen Kompetenzen der Bürger zieht einen nur geringen Bedarf der Unternehmen nach sich, im Internet Präsenz zu zeigen. Diese ist allerdings wichtig, um die Nachfrage anzukurbeln, was die Pandemie gezeigt hat. Inmitten der Corona-Pandemie nehmen wir an einer digitalen Revolution teil. In vielen Branchen können wir den Kampf des Alten gegen das Neue sehen. Zurzeit sind die traditionellen Unternehmen noch stärker, aber dies ist nur noch ein vorübergehender Zustand. Viele Branchen verändern sich vor unseren Augen und in einigen Jahren werden die Werte für Polen der hier analysierten Indizes deutlich höher sein – und die digitale Welt dem gewöhnlichen Kowalski deutlich näher.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Piotr Arak ist Direktor des Polnischen Wirtschaftsinstituts (*Polski Instytut Ekonomiczny – PIE*), Warschau. Vorher war er u. a. im Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, im Ministerium für Verwaltung und Digitalisierung der Republik Polen und in der Kanzlei des Ministerpräsidenten tätig. Seine Forschungsschwerpunkte sind Wirtschaftspolitik, Digitalisierung und internationale Angelegenheiten.

Die Kanzlei des Ministerpräsidenten: Digitalisierung im Landesaufbauplan

03.03.2021

Zurzeit finden die gesellschaftlichen Beratungen über den Entwurf des Landesaufbauplans statt. Sein Budget beträgt über 57 Milliarden Euro in Form von Krediten und Zuschüssen. 20 Prozent dieser Summe sind für die Digitalisierung vorgesehen. Im Folgenden wird dargestellt, wofür wir die Mittel verwenden wollen.

Der Landesaufbauplan ist ein sehr wichtiges Dokument. Sein strategisches Ziel ist der Wiederaufbau des Entwicklungspotentials der polnischen Wirtschaft, das infolge der [Corona-, d.Übers.]Pandemie verloren ging, die Unterstützung des Aufbaus einer dauerhaft wettbewerbsfähigen Wirtschaft und der Anstieg des Lebensstandards der Gesellschaft.

Der Digitalplan

Polen ist der viertgrößte Empfänger der »Aufbau- und Resilienzfazilität der EU«, die der Hauptteil des Sonderfonds »Next Generation EU« und vergleichbar mit dem Marshallplan der Nachkriegszeit sind. Die Grundlage für die Bewerbung um die finanziellen Mittel dieses Instruments wird der von der Regierung erarbeitete Landesaufbauplan sein.

Polen erhält 23,1 Milliarden Euro als nicht rückzahlungspflichtige Zuwendungen sowie 34,2 Milliarden Euro in Form von Krediten. 20 Prozent der Gesamtsumme wird für die Digitalisierung bestimmt sein. Für die Verwendung der Mittel haben wir bis Ende August 2026 Zeit.

»Die Dynamik der wirtschaftlichen Veränderungen sowie die Bedingtheiten, die sich aus der Covid-19-Pandemie ergeben, lenkten die Aufmerksamkeit auf soziale, wirtschaftliche und regionale Aspekte des Digitalisierungsprozesses. Insbesondere verdeutlichten sie die Notwendigkeit, den Zugang zu elektronisch angebotenen Diensten zu gewährleisten, also zum schnellen Internet für alle Polen«, sagt Minister Marek Zagórski, Staatssekretär für Digitalisierung in der Kanzlei des Ministerpräsidenten. »In den letzten Jahren gelang es Polen, u. a. dank der europäischen Strukturfonds, viele Entwicklungsrückstände aufzuholen. Doch es trennt uns immer noch ein Abstand von den Staaten Westeuropas. Der Schlüssel dafür, diesen aufzuheben, ist die digitale Transformation«, fügt er hinzu.

Die digitale Transformation wird auf den Aufbau und die Stärkung zweier grundlegender Faktoren des Wirtschaftswachstums Einfluss haben – die Innovation und die Produktivität. Davon, wie effektiv und komplex wir sie lenken, wird die Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Wirtschaft, das heißt die Fähigkeit eine Position in den strategischen Zentren der globalen Lieferkette aufzubauen, abhängen.

In der Zukunft werden die digitalen Technologien unerlässliches Baumaterial aller Wirtschaftszweige sein. Nie zuvor haben sie eine gleichermaßen wesentliche Rolle in der Geschäftswelt, der Produktion, der Kommunikation, beim Transport, im Bereich der Energie und des Gesundheitsschutzes gespielt.

Die Aktivitäten, die wir im Rahmen des Landesaufbauplans geplant haben, erlauben einen sprunghaften Fortschritt in diesen und vielen anderen Bereichen.

Was wollen wir konkret tun?

1. Den allgemeinen Zugang zum schnellen Internet gewährleisten durch:

- Aufhebung der sog. weißen Flecken, d. h. des Problems des digitalen Ausschlusses und des vollständigen Fehlens eines Internetzugangs (sog. graue Flecken, d. h. Orte, wo nicht die Möglichkeit besteht, eine Verbindung von 100Mb/sec oder schneller zu nutzen, werden mit Hilfe der Mittel aus dem neuen »Operativen Programm Polen Digital« aufgehoben; dieses wird im Rahmen der Kohäsionspolitik finanziert, unabhängig vom Landesaufbauplan);
- Investitionen im Zusammenhang mit der Verbreitung des Zugangs zu WLAN-Angeboten von hoher Qualität (darunter auch im 5G-Standard).

2. Erweiterung des Zugangs zu elektronischen öffentlichen Dienstleistungen, um die Zahl der Angelegenheiten zu maximieren, die auf elektronischem Wege erledigt werden können. Die Vorhaben im Bereich der digitalen Identität tragen, abgesehen von der größeren Sicherheit und Modernisierung, dazu bei, jedem Bürger – die Unternehmer inbegriffen – die glaubwürdige Unterzeichnung von Dokumenten in einem beliebigen Format zu ermöglichen. Die Verknüpfung der geplanten Anwendungen und Systeme mit Verifizierungsmechanismen der digitalen Identität und der elektronischen Unterschrift ermöglicht die sichere Nutzung der e-Dienste. Die Einführung des elektronischen Doku-

mentenumlaufs und der Datenanalyse tragen zur Verbreitung der digitalen Verwaltung und des digitale Service bei Verwaltungsangelegenheiten bei.

3. Erweiterung der Nutzung bahnbrechender Technologien: künstliche Intelligent (KI), Blockchain, Internet der Dinge. Die Einführung von Lösungen in diesem Bereich als Pilotprojekte werden die Entwicklung von Anwendungen in ausgewählten Bereichen katalysieren, indem sie das Vertrauen stärken, die Produktivität verbessern, die Kosten verringern, die Prozesse optimieren, die Einführung neuer Verwaltungsmethoden einführen. Dank der Verarbeitung großer Datenmengen (Big Data) sowie einer breiteren Nutzung von KI-Systemen (maschinelles Lernen, Automatisierung und Robotisierung der Produktion und Dienstleistungen inbegriffen) schließen wir Polen an die sog. industrielle Revolution 4.0 an. Im Ergebnis werden Möglichkeiten entstehen, vollkommen neue Dienstleistungen, Produkte und wirtschaftliche Tätigkeiten zu schaffen.

4. Die digitale Kompetenz der Polen erweitern. Die Digitalisierung und Automatisierung von wirtschaftlichen Prozessen erfordert, Fähigkeiten zu erlangen und Fertigkeiten ständig fortzubilden. Zusammen mit der Entwicklung zur Industrie 4.0 werden Arbeitsplätze in vielen Branchen von den modernen Technologien verdrängt werden, während neue Kategorien von Fertigkeiten, die die Technologien der Zukunft nutzen, an Bedeutung gewinnen werden. Das Vorhandensein moderner Technologien in den Unternehmen und Instituten wird ein ständiger Impuls sein, die Kompetenzen zu erweitern. Die Ausstattung der Mitarbeiter mit entsprechend großen Fertigkeiten, die den wirtschaftlichen und technologischen Herausforderungen angemessen sind, wird den Rückgang des Bedarfs an menschlicher Arbeit kompensieren. Letztendlich wird ein Produktions- und Gehaltsanstieg möglich sein.

Wir sehen vor:

- die Gründung des »Expertenzentrums für die Entwicklung Digitaler Kompetenzen«;
- Schulungen für die Mitarbeiter der Regierungs-, regionalen und kommunalen Behörden, damit sie ihre Tätigkeit mit Hilfe von online-Plattformen im Homeoffice ausüben können;
- Schulungen für die Bürger im Bereich digitale Kompetenz (e-Verwaltung, e-Finanzen, e-Dienstleistungen);
- Unterstützung der für den Arbeitsmarkt erforderlichen Kompetenzen, die sich an Arbeitnehmer kleiner und mittlerer Unternehmen sowie an Arbeitssuchende (die infolge von Covid-19 nach dem 1. März 2020 ihre Arbeit verloren haben), Berufsanfänger und vom Arbeitsmarkt Ausgeschlossene (darunter auch Senioren) richtet, für welche die unzureichenden digitalen Kompetenzen ein Hindernis darstellen.

5. Unterstützung der digitalen Infrastruktur der Schulen und der Kompetenzen der Lehrer.

Die Angleichung der Ausstattung der Bildungseinrichtungen mit modernen multimedialen Geräten ist die Bedingung dafür, dass gleiche Bildungschancen gewährleistet werden können. Die Wirtschaft braucht Arbeitnehmer, die über digitale Kompetenzen und Qualifikationen verfügen, welche für das Funktionieren am sich verändernden Arbeitsmarkt unerlässlich sind. Daher werden wir Projekte realisieren, die Lehrern und Schülern den Zugang zu Computern und Software gewährleisten, sowie Projekte, welche die Kompetenzen der Lehrer im Bereich der Nutzung von interaktiven Arbeitsmethoden mit den Schülern fördern.

6. Ausbau der Infrastruktur zur Datenverarbeitung und Bereitstellung von digitalen Diensten durch:

- die Entwicklung von *cloud computing* im Rahmen der »Initiative für Gemeinsame Informationsinfrastruktur des Staates« sowie
- die Modernisierung und Stärkung der Infrastruktur zur Datenverarbeitung – das »Landeszentrum für Datenverarbeitung« umfasst ein Netz von Rechenzentren, die den Datenfluss entsprechend dem Bedarf der IT-Systeme sicherstellen, u. a. für das Gesundheitswesen, den Finanzbereich, staatliche und gerichtliche Register sowie die von der Regierung genutzten *clouds*.

7. Gewährleistung der Cybersicherheit der Informationssysteme durch:

- den Aufbau eines Netzes von sieben regionalen Zentren für Cybersicherheit für die regionalen Behörden (*RegioSOC*);
- den Aufbau eines Systems von sechs nach Sektoren eingeteilten Gruppen, die auf Sicherheitsvorfälle reagieren (*Computer Security Incident Response Team*);
- die Stärkung des Potentials und die Infrastrukturmodernisierung der Einheiten des »Landessystems für Cybersicherheit« sowie anderer Schlüsseleinrichtungen: Operatoren kritischer Infrastruktur, Anbieter digitaler Dienste, Einrichtungen des Gesundheitswesens, der kommunalen Selbstverwaltung (ca. 2.900), kleine und mittlere Unternehmen;

- den Anschluss von 385 Einheiten des »Landessystems für Cybersicherheit« an ein integriertes zentrales System des Sicherheitsmanagements im Cyberspace (*System S46*);
- die Durchführung von Projekten mit dem Ziel, die Kontinuität der Tätigkeiten der Rechenzentren und des Telekommunikationssystems hinsichtlich der Sicherung konkreter e-Dienstleistungen zu gewährleisten;
- die Unterstützung digitaler Dienstleistungen im Bereich der Sicherheit.

8. Unterstützung der Digitalisierung des Gesundheitssystems

Dadurch verbessern wir die Funktionstüchtigkeit der medizinischen Einrichtungen, steigern die Wirksamkeit medizinischer Leistungen, verkürzen die Wege des Patienten, um medizinische Leistungen und Informationen zum Gesundheitszustand zu erhalten. Insbesondere planen wir die Einführung telemedizinischer Lösungen und ihre Integration in die zugänglichen Systeme der e-Gesundheit, die Entwicklung öffentlicher Dienstleistungen der e-Gesundheit, u. a. durch die Entwicklung und den Zugang zu elektronischen medizinischen Datenbanken.

9. Unterstützung der Digitalisierung des Transportwesens durch

- die Entwicklung »Intelligenter Transportsysteme« auf den Landstraßen (Fortsetzung des »Landessystems der Verkehrsverwaltung«, umgesetzt von der Generaldirektion der Landstraßen und Autobahnen);
- Unterstützung der Systeme zur Verwaltung des Verkehrs und des Eisenbahnverkehrs;
- informationstechnologische und organisatorische Lösungen, die die intermodale Integration des Transportes (verschiedener Verkehrszweige) fördern.

10. Unterstützung von Investitionen in ein intelligentes Stromnetz (*smart grid*), die mit Hilfe des Ausbaus eines Systems zur Überprüfung der Stromqualität sowie der Einsetzung des »Operators für Informationen zum Energiemarkt« realisiert werden. Wir planen außerdem Investitionen in Technologien der *smart city* und des *smart village*, u. a. in intelligente Systeme zur Verwaltung der infrastrukturellen Anpassung an den Klimawandel.

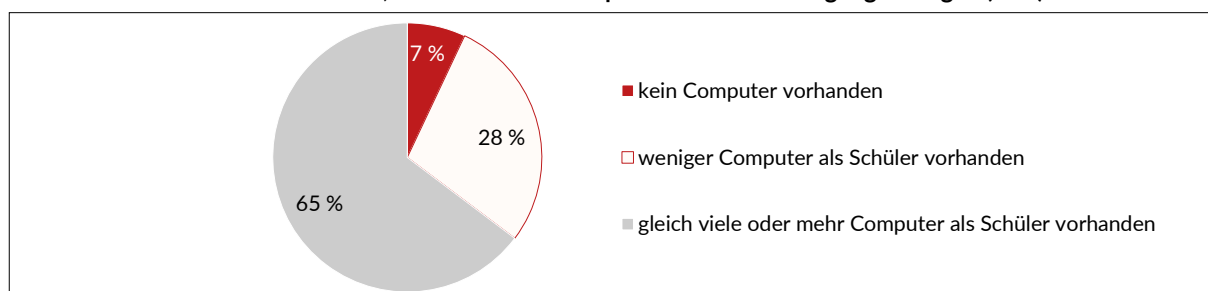
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Kancelaria Prezesa Rady Ministrów [Die Kanzlei des Ministerpräsidenten]. <https://www.gov.pl/web/cyfryzacja/cyfryzacja-w-krajowym-planie-odbudowy> (abgerufen am 11.05.2021).

STATISTIK

E-Learning in der Schule

Grafik 1: Die Anzahl der Schüler, die über einen Computer mit Internetzugang verfügen (in %)



Quelle: Centrum Analiz Ekonomicznych: Myck, Michał; Oczkowska, Monika; Trzciński, Kajetan: Zamknięte szkoły: warunki uczniów do nauki zdalnej w okresie pandemii COVID-19 [Geschlossene Schulen: die Bedingungen der Schüler im Distanzunterricht während der Covid-19-Pandemie]. Komentarze CenEA 28.03.2020. <https://cenea.org.pl/pl/2020/03/28/zamkniete-szkoly-warunki-uczniow-do-nauki-zdalnej-w-okresie-pandemii-covid-19/> (abgerufen am 11.05.2021).

Tabelle 1: Die Anzahl der Schüler, die über einen Computer mit Internetzugang verfügen

	Städte über 100.000 Einwohner	Städte mit 20.000 bis 100.000 Einwohnern	Städte mit bis zu 20.000 Einwohnern	Dorf	insgesamt
kein Computer vorhanden	75.600	58.000	31.800	161.500	327.900
weniger Computer als Schüler vorhanden	175.100	179.900	159.700	805.400	1.320.200
gleich viele oder mehr Computer als Schüler vorhanden	800.600	573.700	362.100	1.289.400	3.025.800
insgesamt	1.051.400	811.600	553.600	2.256.300	4.672.900

Quelle: Centrum Analiz Ekonomicznych: Myck, Michał; Oczkowska, Monika; Trzciński, Kajetan: Zamknięte szkoły: warunki uczniów do nauki zdalnej w okresie pandemii COVID-19 [Geschlossene Schulen: die Bedingungen der Schüler im Distanzunterricht während der Covid-19-Pandemie]. Komentarze CenEA 28.03.2020. <https://cenea.org.pl/pl/2020/03/28/zamkniete-szkoly-warunki-uczniow-do-nauki-zdalnej-w-okresie-pandemii-covid-19/> (abgerufen am 11.05.2021).

Grafik 2: Der Anteil der Schüler, die zu Hause über keinen Computer mit Internetzugang verfügen (Woiwodschaften, %)



Dolnośląskie: Niederschlesien; kujawsko-pomorskie: Kujawien-Pommern; łódzkie: Lodz; lubelskie: Lublin; lubuskie: Lebusener Land; małopolskie: Kleinpolen; mazowieckie: Masowien; opolskie: Oppeln; podkarpackie: Vorkarpaten; podlaskie: Podlachien; pomorskie: Pommern; śląskie: Schlesien; świętokrzyskie: Heiligkreuz; warmińsko-mazurskie: Ermland-Masuren; wielkopolskie: Großpolen; zachodniopomorskie: Westpommern.

Quelle: Centrum Analiz Ekonomicznych: Myck, Michał; Oczkowska, Monika; Trzciński, Kajetan: Zamknięte szkoły: warunki uczniów do nauki zdalnej w okresie pandemii COVID-19 [Geschlossene Schulen: die Bedingungen der Schüler im Distanzunterricht während der Covid-19-Pandemie]. Komentarze CenEA 28.03.2020. <https://cenea.org.pl/pl/2020/03/28/zamkniete-szkoly-warunki-uczniow-do-nauki-zdalnej-w-okresie-pandemii-covid-19/> (abgerufen am 11.05.2021); Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

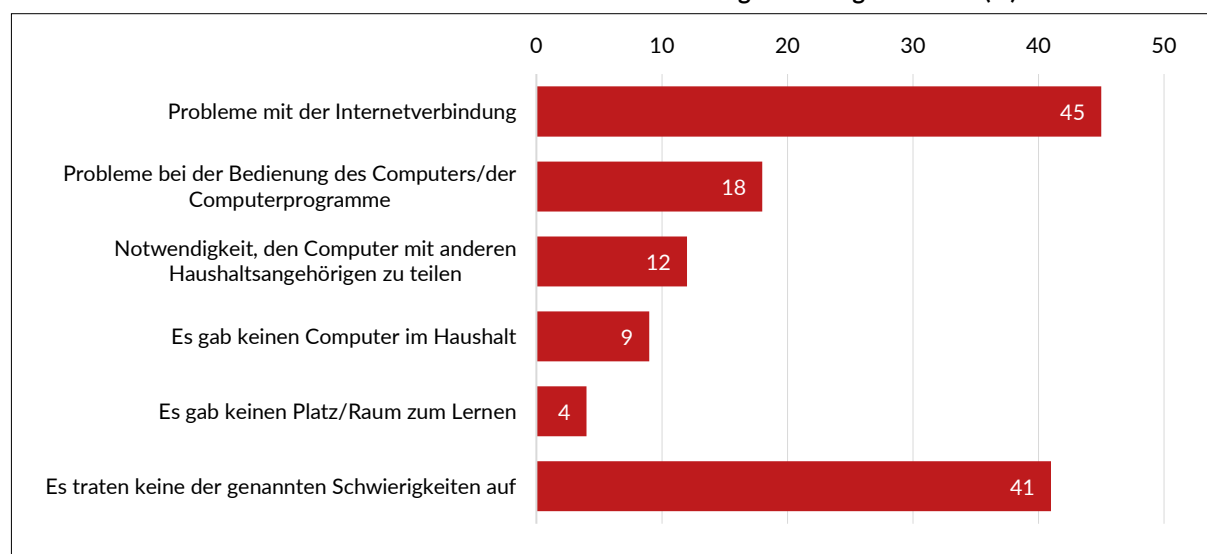
Grafik 3: Der Anteil der Schüler, die sich zu Hause den Computer mit Internetzugang mit Geschwistern teilen müssen (Woiwodschaften, %)



Dolnośląskie: Niederschlesien; kujawsko-pomorskie: Kujawien-Pommern; łódzkie: Lodz; lubelskie: Lublin; lubuskie: Lebusener Land; małopolskie: Kleinpolen; mazowieckie: Masowien; opolskie: Oppeln; podkarpackie: Vorkarpaten; podlaskie: Podlachien; pomorskie: Pommern; śląskie: Schlesien; świętokrzyskie: Heiligkreuz; warmińsko-mazurskie: Ermland-Masuren; wielkopolskie: Großpolen; zachodniopomorskie: Westpommern.

Quelle: Centrum Analiz Ekonomicznych: Myck, Michał; Oczkowska, Monika; Trzciniński, Kajetan: Zamknięte szkoły: warunki uczniów do nauki zdalnej w okresie pandemii COVID-19 [Geschlossene Schulen: die Bedingungen der Schüler im Distanzunterricht während der Covid-19-Pandemie]. Komentarze CenEA 28.03.2020. <https://cenea.org.pl/pl/2020/03/28/zamkniete-szkoly-warunki-uczniow-do-nauki-zdalnej-w-okresie-pandemii-covid-19/> (abgerufen am 11.05.2021); Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Grafik 4: Hatte Ihr Kind während des Distanzunterrichts Schwierigkeiten folgender Art? (%)*



*Mehrfachnennungen möglich

Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 19/2021: Edukacja zdalna – doświadczenia i oceny [Der Distanzunterricht – Erfahrungen und Bewertungen]. Warszawa 02/2021. www.cbos.pl

Tabelle 2: Schwierigkeiten beim Distanzunterricht (%)

	Wohnort		Einkommen pro Kopf		Ausbildung		
	Stadt	Land	bis 1.499 Zloty	1.500 Zloty und mehr	Abschluss der Grundschule/ Mittelschule/ Berufsgrundschule	Abitur	Hochschulabschluss
Es gab keinen Computer im Haushalt	8	10	14	7	15	8	5
Notwendigkeit, den Computer mit anderen Haushaltsangehörigen zu teilen	10	13	9	13	7	12	15
Probleme bei der Bedienung des Computers/der Computerprogramme	15	20	18	19	12	18	21
Probleme mit der Internetverbindung	52	38	62	36	53	43	40
Es gab keinen Platz/Raum zum Lernen	2	6	8	3	5	4	4
Es traten keine der genannten Schwierigkeiten auf	43	40	24	52	31	46	47

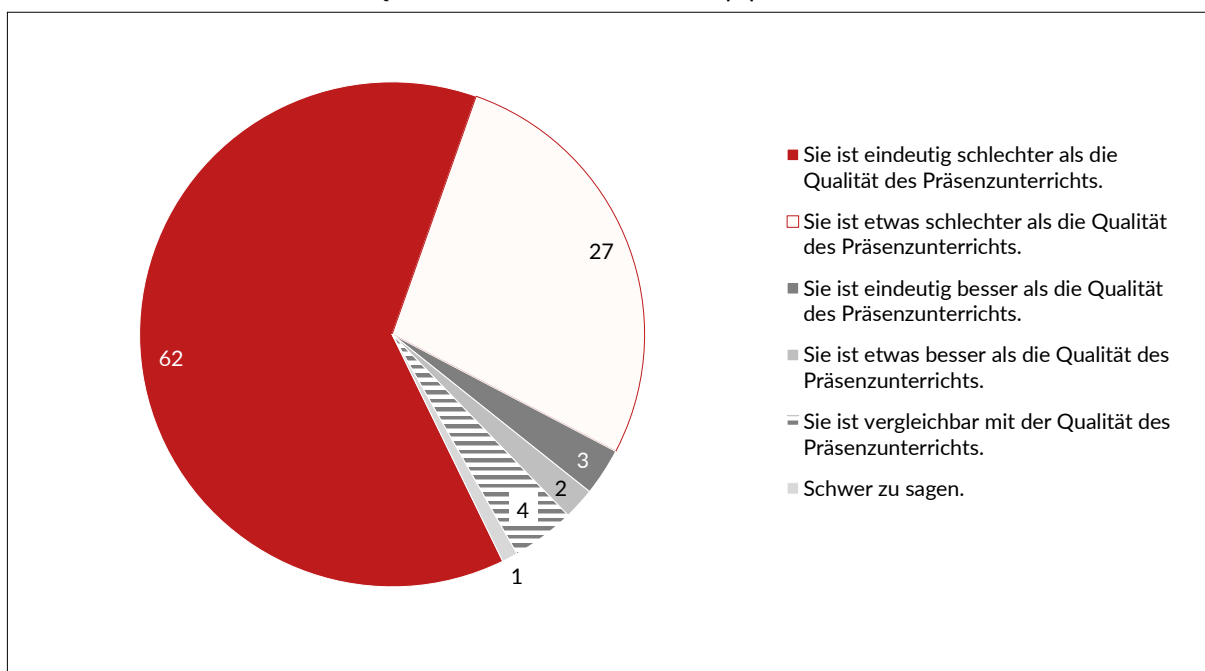
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 19/2021: Edukacja zdalna – doświadczenia i oceny [Der Distanzunterricht – Erfahrungen und Bewertungen]. Warszawa 02/2021. www.cbos.pl

Tabelle 3: Schwierigkeiten beim Distanzunterricht (%)

	Antworten der Eltern der Schüler von Klasse 1 bis 3	Antworten der Eltern der Schüler von Klasse 4 bis 8	Antworten der Eltern der Schüler ab Klasse 9 und an weiterführenden Schulen
Es gab keinen Computer im Haushalt	12	10	8
Notwendigkeit, den Computer mit anderen Haushaltsangehörigen zu teilen	14	21	10
Probleme bei der Bedienung des Computers/der Computerprogramme	27	24	6
Probleme mit der Internetverbindung	47	48	45
Es gab keinen Platz/Raum zum Lernen	8	4	2
Es traten keine der genannten Schwierigkeiten auf	33	35	46

Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 19/2021: Edukacja zdalna – doświadczenia i oceny [Der Distanzunterricht – Erfahrungen und Bewertungen]. Warszawa 02/2021. www.cbos.pl

Grafik 5: Wie bewerten Sie die Qualität des Distanzunterrichts? (%)



Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 19/2021: Edukacja zdalna – doświadczenia i oceny [Der Distanzunterricht – Erfahrungen und Bewertungen]. Warszawa 02/2021. www.cbos.pl

Tabelle 4: Nehmen Sie irgendwelche positiven Folgen des Distanzunterrichts wahr? (%)

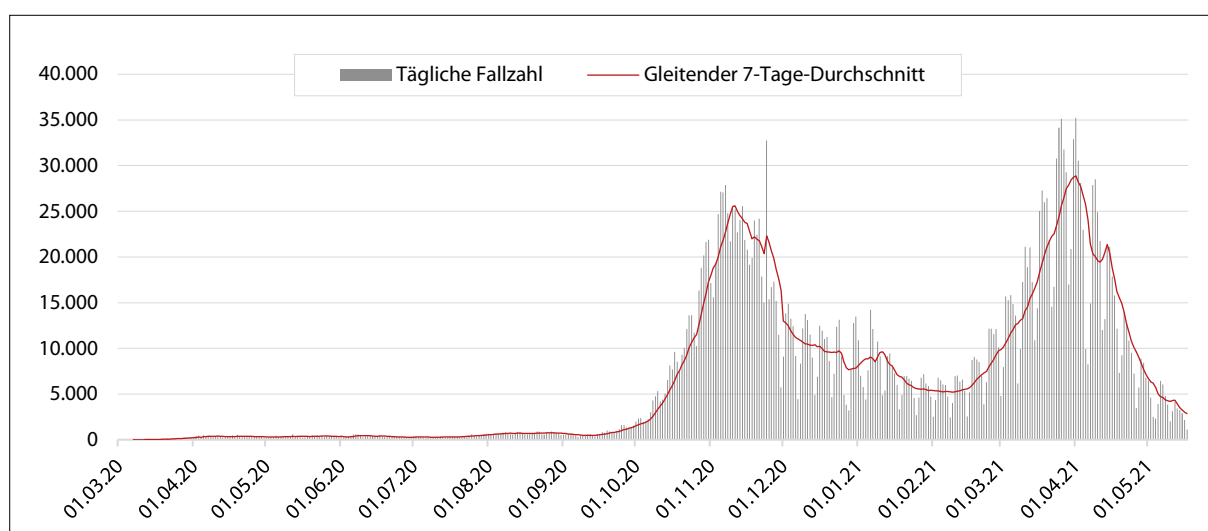
	ja	nein	schwer zu sagen
Geschlecht			
Männer	31	64	5
Frauen	25	64	11
Wohnort			
Dorf	24	69	8
Stadt	32	60	8
Ausbildung			
Grundschule, Mittelschule, Berufgrundschule	23	69	8
Abitur	20	72	7
Hochschulabschluss	37	54	9

Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 19/2021: Edukacja zdalna – doświadczenia i oceny [Der Distanzunterricht – Erfahrungen und Bewertungen]. Warszawa 02/2021. www.cbos.pl

STATISTIK

Covid-19 in Polen (Stand: 17. Mai 2021)

Grafik 1: Die Ausbreitung von Covid-19 in Polen (tägliche Fallzahlen, 1. März 2020 – 17. Mai 2021, Johns-Hopkins-Universität)



Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 17.05.2021, 21:20 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

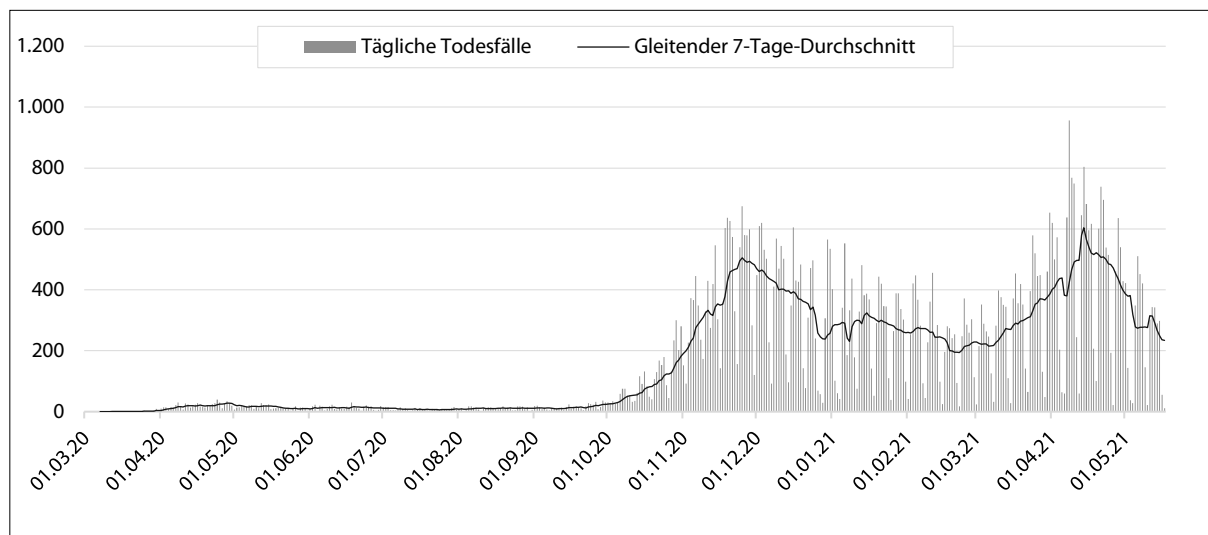
Tabelle 1: Die Ausbreitung von Covid-19 in Polen (04. – 17. Mai 2021, Johns-Hopkins-Universität)

Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl	Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl
04.05.21	2.808.052	2.296	11.05.21	2.838.180	3.097
05.05.21	2.811.951	3.899	12.05.21	2.842.339	4.159
06.05.21	2.818.378	6.427	13.05.21	2.845.762	3.423
07.05.21	2.824.425	6.047	14.05.21	2.849.014	3.252
08.05.21	2.829.196	4.771	15.05.21	2.851.911	2.897
09.05.21	2.833.052	3.856	16.05.21	2.854.079	2.168
10.05.21	2.835.083	2.031	17.05.21	2.855.190	1.111

Für die Zahlen vom 01.03.2020–03.05.2021 siehe die Statistik »Covid-19 in Polen« in den Polen-Analysen 255–274.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 17.05.2021, 21:20 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 in Polen (tägliche Todesfälle, 1. März 2020 – 17. Mai 2021, Johns-Hopkins-Universität)



Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 17.05.2021, 21:20 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 in Polen (04. – 17. Mai 2021, Johns-Hopkins-Universität)

Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle	Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
04.05.21	68.133	28	11.05.21	70.336	302
05.05.21	68.482	349	12.05.21	70.679	343
06.05.21	68.993	511	13.05.21	71.021	342
07.05.21	69.445	452	14.05.21	71.311	290
08.05.21	69.866	421	15.05.21	71.609	298
09.05.21	70.012	146	16.05.21	71.664	55
10.05.21	70.034	22	17.05.21	71.675	11

Für die Zahlen vom 19.03.2020–03.05.2021 siehe die Statistik »Covid-19 in Polen« in den Polen-Analysen 255 –274.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 17.05.2021, 21:20 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

Grafik 3: Covid-19-Infektionsfälle nach Woiwodschaften (17. Mai 2021, 10.30 Uhr)



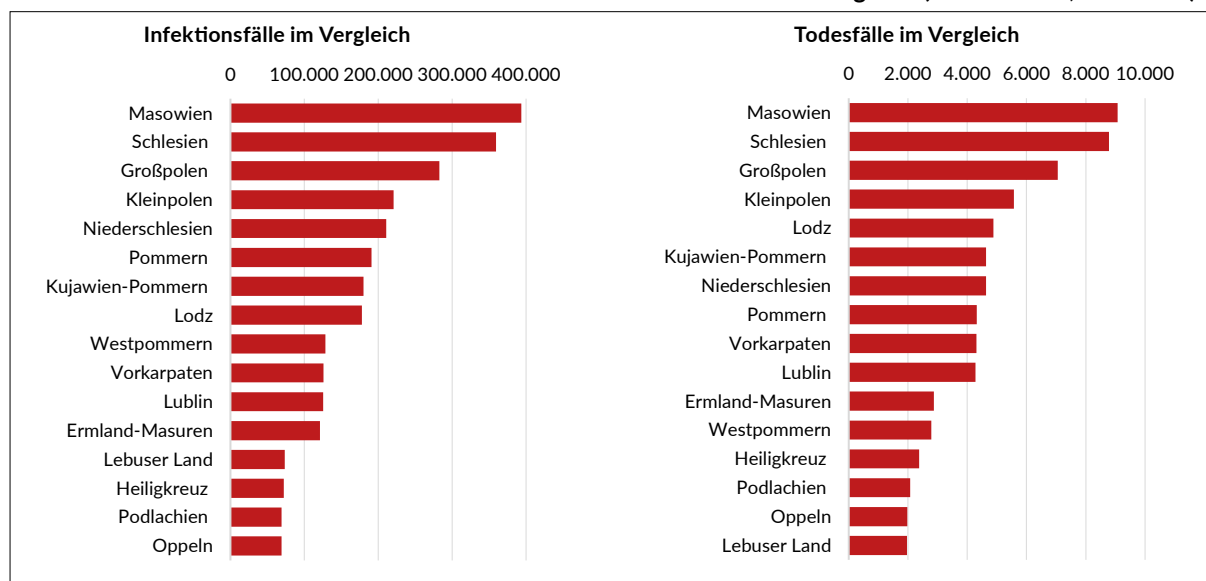
Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-dzisiaj-ile-osob-zostalo-zaszczepionych-17-maja-2021-4344739> (abgerufen am 17.05.2021); Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Grafik 4: Todesfälle durch Covid-19 nach Woiwodschaften (17. Mai 2021, 10.30 Uhr)



Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-dzisiaj-ile-osob-zostalo-zaszczepionych-17-maja-2021-4344739> (abgerufen am 17.05.2021); Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Grafik 5: Covid-19-Infektions- und Todesfälle nach Woiwodschaften im Vergleich (17. Mai 2021, 10.30 Uhr)



Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-dzisiaj-ile-osob-zostalo-zaszczepionych-17-maja-2021-4344739> (abgerufen am 17.05.2021)

Tabelle 3: Covid-19-Infektions- und Todesfälle nach Woiwodschaften im Vergleich (17. Mai 2021, 10.30 Uhr)

Woiwodschaft (województwo)	Infektionsfälle insgesamt	Todesfälle insgesamt
Ermland-Masuren (warmińsko-mazurskie)	121.204	2.874
Großpolen (wielkopolskie)	282.822	7.058
Heiligkreuz (świętokrzyskie)	72.344	2.372
Kleinpolen (małopolskie)	220.756	5.570
Kujawien-Pommern (kujawsko-pomorskie)	179.878	4.639
Lebuser Land (lubuskie)	73.578	1.964
Lodz (łódzkie)	178.087	4.883
Lublin (lubelskie)	125.306	4.282
Masowien (mazowieckie)	393.478	9.079
Niederschlesien (dolnośląskie)	210.950	4.638
Oppeln (opolskie)	69.098	1.976
Podlachien (podlaskie)	69.209	2.074
Pommern (pomorskie)	191.046	4.319
Schlesien (śląskie)	359.512	8.783
Vorkarpaten (podkarpackie)	125.900	4.315
Westpommern (zachodniopomorskie)	128.507	2.781

Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-dzisiaj-ile-osob-zostalo-zaszczepionych-17-maja-2021-4344739> (abgerufen am 17.05.2021)

CHRONIK

Covid-19-Chronik, 4. – 17. Mai 2021

04.05.2021	Gesundheitsminister Adam Niedzielski teilt mit, dass in Kattowitz (Katowice) sowie in der Umgebung von Warschau 16 Fälle der indischen Doppelmutation des Corona-Virus bekannt geworden sind. In Indien werden zurzeit Hunderttausende Neuinfektionen pro Tag gemeldet.
05.05.2021	Das Gesundheitsministerium teilt mit, dass bisher über 130 Gesundheitseinrichtungen dem Rehabilitationsprogramm für Covid-19-Genesene beigetreten sind. Die Rehabilitationsmaßnahmen sollen zwischen zwei und sechs Wochen dauern und werden von Ärzten, Krankenpflegern und Psychologen betreut.
06.05.2021	Marlena Małag, Ministerin für Familie und Sozialpolitik, gibt bekannt, dass das Recht auf ein zusätzliches Betreuungsgeld für Kinder um 14 Tage bis zum 23. Mai verlängert wird. Zwar seien Kitas und die Grundschulen bis zur 3. Klasse wieder geöffnet, doch müsse auch mit erneuten lokalen Schließungen oder Beschränkungen gerechnet werden. Das zusätzliche Betreuungsgeld infolge der Corona-Pandemie beträgt monatlich 80 % des Gehalts.
07.05.2021	Vor dem Beginn des Sozialgipfels der EU-Staats- und Regierungschefs in Porto (Portugal) spricht sich Ministerpräsident Mateusz Morawiecki dafür aus, dass die Patente für Covid-19-Impfstoffe aufgehoben werden. Auf diese Weise hätten ärmere Länder ebenfalls die Möglichkeit, Impfstoffe zu bekommen.
09.05.2021	Ab dem heutigen Tag können sich alle volljährigen Polen (ab 18 Jahre) für einen konkreten Impftermin gegen Covid-19 registrieren lassen.
09.05.2021	Nach Angaben des Impfbeauftragten der Regierung, Michał Dworczyk, wurden in der Gruppe der über 70-Jährigen bisher 73 % geimpft bzw. haben einen Impftermin. In der Altersgruppe von 60 bis 69 Jahren sind es 60 %.
10.05.2021	Die stellvertretende Gesundheitsministerin Anna Goławska teilt mit, dass ein Gesetzesentwurf zum Schadensersatz bei unerwarteten Reaktionen auf eine Covid-19-Impfung in Kürze der Regierung und dem Sejm vorgelegt wird. Die einmalige Entschädigungssumme für betroffene Personen soll fallabhängig zwischen 10.000 und 100.000 Zloty liegen. Ein entscheidendes Kriterium soll die Länge des dadurch zustande gekommenen Krankenhausaufenthaltes sein.
11.05.2021	Regierungssprecher Piotr Müller sagt in einem Fernsehinterview, dass Dänemark voraussichtlich keine Impfdosen von Johnson&Johnson an Polen verkaufen wird. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki hatte in der vergangenen Woche eine Anfrage an seine Amtskollegin Mette Frederiksen gerichtet. Die Anfrage werde aber aufrechterhalten, so Müller.
13.05.2021	Die Fraktion Die Linke (Lewica) reicht im Sejm einen Entwurf für eine Gesetzesnovelle ein, wonach der Arbeitnehmer am Tag der Covid-19-Impfung von der Arbeit befreit sein soll.
14.05.2021	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki eröffnet im Nationalstadion in Warschau zusammen mit 50 Sportlern und Schauspielern eine Werbekampagne für Covid-19-Impfungen.
14.05.2021	Nach aktuellen Angaben der Regierung wurden in Polen bisher 15,1 Mio. Personen gegen Covid-19 geimpft; davon haben 4 Mio. bereits beide Impfungen erhalten.
17.05.2021	Michał Dworczyk, Impfbeauftragter der Regierung, teilt mit, dass sich ca. 40.000 16- und 17-Jährige für eine Corona-Impfung haben registrieren lassen. Das Interesse in dieser Altersgruppe sei bisher nicht groß, so Dworczyk. Das Gesundheitsressort hat ab Mitternacht 500.000 Corona-Impfangebote für 16- und 17-Jährige verschickt.

CHRONIK

4. – 17. Mai 2021

04.05.2021	Der Sejm beschließt mit 290 Stimmen bei 33 Gegenstimmen und 133 Enthaltungen das Gesetz über die Zustimmung zur Ratifizierung des sogenannten Eigenmittelbeschlusses. Vor allem Abgeordnete der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), 127, enthielten sich. 20 Abgeordnete der Regierungsfraktion stimmten dagegen. Der Eigenmittelbeschluss erlaubt der Europäischen Union, im Rahmen des Wiederaufbaufonds (zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie) gemeinsame Schulden am Kapitalmarkt aufzunehmen. Der Wiederaufbaufonds ist mit dem mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2021–2027 verknüpft.
05.05.2021	Bartłomiej Wróblewski, Abgeordneter von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) und vom Sejm gewählter Bürgerrechtsbeauftragter, sagt, sollte er Bürgerrechtsbeauftragter werden, werde er sich Personen in schwierigen Lebenslagen widmen, die u. a. auf die finanzielle oder arbeitsrechtliche Situation, die Wohn- oder Bildungssituation zurückzuführen sind. Dies betreffe zum Beispiel Verschuldete, Menschen mit Behinderungen oder Rentner. Weiter kündigt er für die kommende Woche Gespräche mit den Senatoren der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) sowie den unabhängigen Senatoren an. Mit Senatsmarschall Tomasz Grodzki (KO) habe er bereits gesprochen. Der Senat muss die Wahl des Bürgerrechtsbeauftragten durch den Sejm noch bestätigen.
06.05.2021	Borys Budka, Parteichef der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), spricht sich dafür aus, eine Koalition mit Polen 2050 von Szymon Hołownia (Polska 2050 Szymona Hołownia) und der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) aufzubauen. Außerdem werde die PO-Spitze nach Abklingen der Corona-Pandemie in die Regionen fahren, um für die PO zu werben. Budka reagiert damit auf die neuesten Umfrageergebnisse des Meinungs- und Marktforschungsinstituts IBRiS, die 33, 9 % für die Regierungskoalition Vereinigte Rechte (Zjednoczona Prawica), 18,9 % für »Polen 2050«, 15,3 % für die Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), 10,7 % für Die Linke (Lewica), 9 % für die Konföderation (Konfederacja) und 4,5 % für die PSL ergaben.
07.05.2021	Der stellvertretende Außenminister Marcin Przydacz nimmt an einer Videokonferenz mit John Kerry, dem Sondergesandten für das Klima in der Regierung von US-Präsident Joe Biden, teil. Das Treffen mit weiteren europäischen Außenministern bzw. Stellvertretern findet auf Einladung des Außenministers von Dänemark, Jeppe Kofod, statt. Przydacz betont die Bedeutung der gebündelten internationalen Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung im Bereich der Wasserstofftechnologien und Energiespeicherung. Er weist darauf hin, dass Polen in der EU der größte Wasserstoffproduzent und Exporteur von Elektrobussen sei.
08.05.2021	Am Rande der informellen Sitzung des Europarates in Porto (Portugal) sagt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, dass Polen die finanziellen Mittel des Wiederaufbaufonds der Europäischen Union (zur Eindämmung der wirtschaftlichen Verluste infolge der Corona-Pandemie) für ein Investitionsprogramm einsetzen wolle, von dem vor allem mittlere und kleine Unternehmen profitieren sollen. Dabei solle es auch zu einer »Repolonisierung« des Rechtes der öffentlichen Auftragsvergabe kommen, die im Einklang mit dem EU-Recht stehe. Polnische Unternehmen sollen demnach bevorzugt werden.
10.05.2021	Präsident Andrzej Duda nimmt in Bukarest (Rumänien) an der Konferenz der Staatshäupter der sog. »Bukarester Neun« teil, das sind die neun Bündnispartner an der NATO-Ostflanke. Per Video sind auch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg und US-Präsident Joe Biden zugeschaltet. Nach dem Treffen sagt Duda, die »Bukarester Neun« hätten sich zusammengeschlossen, damit ihre Stimme dieses Teils Europas im Bündnis gehört werde. Bei den Teilnehmern habe Übereinstimmung bestanden, dass an der Ostflanke seit Jahren eine permanente Gefahrenlage herrsche. Die Teilnahme Bidens begrüßt Duda als deutliches Zeichen, dass sich die USA für den mittelosteuropäischen Teil des Bündnisses und die Sicherheitslage dort ernsthaft interessieren.
11.05.2021	Am zweiten Tag seines Besuches in Rumänien besuchen Präsident Andrzej Duda und sein rumänischer Amtskollegen Klaus Johannis die Militärübung »Justice Sword 21« in Smârdan, an der auch polnische Militäreinheiten beteiligt sind. Duda zeigt sich erfreut, dass durch die Modernisierung der militärischen Ausrüstung eine immer größere Anschlussfähigkeit an die US-Armee gegeben sei. Dies ist das siebte Treffen, das Duda mit polnischen Soldaten im Ausland absolviert.
12.05.2021	Der außenpolitische Ausschuss des Sejm spricht sich für die Kandidatur von Krzysztof Szczerski für das Amt des Ständigen Vertreters der Republik Polen bei den Vereinten Nationen (UN) aus. Die bisherige Amtsinhaberin, Joanna Wronecka, war von UN-Generalsekretär António Guterres zur UN-Sonderkoordinatorin für den Libanon ernannt worden.
13.05.2021	Bartłomiej Wróblewski (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS), der Mitte April vom Sejm zum Bürgerrechtsbeauftragten gewählt wurde, wird vom Senat mit 49 Stimmen abgelehnt. 48 Senatoren stimmten für ihn, zwei enthielten sich. Die Wahl eines neuen Bürgerrechtsbeauftragten ist zum vierten Mal gescheitert.

14.05.2021	Der Vorstand der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) beschließt den Parteiausschluss von Ireneusz Raś und Paweł Zalewski wegen parteischädigenden Verhaltens. Pressesprecher Jan Grabiec sagt, sie hätten Entscheidungen des Vorstands mehrfach in Frage gestellt, aber nicht an internen Debatten teilgenommen. Raś und Zalewski gehören zu den 54 Abgeordneten der PO und der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), die in der vergangenen Woche in einem Brief Veränderungen in der PO gefordert haben. Diese Angelegenheit soll jedoch nichts mit dem Parteiausschluss zu tun haben.
15.05.2021	Die Spitze der Regierungskoalition – Ministerpräsident Mateusz Morawiecki (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński (PiS), Zbigniew Ziobro (Solidarisches Polen/Solidarna Polska), Jarosław Gowin (Verständigung/Porozumienie) – sowie Sejmarschallin Elżbieta Witek (PiS) unterzeichnen das Wirtschafts- und Sozialprogramm »Neue Ordnung«. Es umfasst zehn thematische Bereiche und sieht u. a. sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts für das Gesundheitssystem vor sowie die Schaffung von 500.000 Arbeitsplätzen durch Investitionen, Steuererleichterungen für ca. 18 Mio. Einwohner und die Steuerbefreiung für Rentenzahlungen bis 2.500 Zloty.
17.05.2021	Am heutigen Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie stellt der Botschafter des Königreichs Dänemarks in Warschau, Ole Toft, im Namen von 48 internationalen Botschaftern und Vertretern in Polen einen offenen Unterstützerbrief für die LGBT-Community vor. Darin wird auf die universalen Menschenrechte verwiesen, die für alle ungeteilt gelten. Diese Form der diplomatischen Unterstützung findet in Polen jährlich seit 2012 statt, um für Probleme sexueller Minderheiten zu sensibilisieren. Die Initiatoren wechseln sich ab; im vergangenen Jahr hat Belgien die Aktion organisiert.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

VERANSTALTUNG

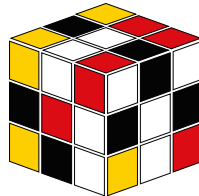


Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften
Deutsches Polen-Institut Darmstadt
Łazarski-Hochschule Warschau

laden Sie herzlich
zu einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz im Hybridformat ein

VON DER VERSÖHNUNG ZUR ALLTÄGLICHKEIT?

30 JAHRE DEUTSCH-POLNISCHE NACHBARSCHAFT. KONFERENZ



vom 17. bis 19. Juni 2021 in Warschau
und vom 24. bis zum 25. Juni in Oppeln
mitsamt Online-Übertragung

Am 17. Juni 2021 werden 30 Jahre seit der Unterzeichnung des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland vergangen sein. Aus diesem Anlass wollen wir eine Bilanz der vergangenen 30 Jahre ziehen und die Richtung für zukünftige Aktivitäten aufzeigen.

Dreißig Jahre nach der Vertragsunterzeichnung, auf den Tag genau, werden uns während der Konferenz in Warschau in Gesprächen mit Zeitzeugen die Ereignisse von 1990/91 näher gebracht. An den folgenden Tagen greifen Referentinnen und Referenten, Kommentatorinnen und Kommentatoren in thematischen Sektionen zentrale Themen für die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen auf wie Wirtschaft, Sicherheit, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Zivilgesellschaft sowie Geschichtspolitik und Erinnerungskultur. Wir werden auch darüber diskutieren, wie die deutsch-polnische Kommunikation gefördert werden kann.

In Oppeln werden wir uns auf die regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit konzentrieren. Über ihre Vorteile und Herausforderungen werden Vertreter von Unternehmen diskutieren, die diese mitgestalten. Darüber hinaus werden sich Experten und Praktiker über die Situation der Polen in Deutschland und der Deutschen in Polen austauschen.

- Das Programm der beiden Veranstaltungen ist beigefügt.
- Detaillierte Informationen finden Sie auf den Webseiten:
PL: http://bit.ly/30_pl_de
DE: https://bit.ly/30_de_pl
- **Mitveranstalter:** Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, Friedrich-Ebert Stiftung in Warschau, Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung, Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)
- **Mitveranstalter der Veranstaltung in Oppeln:** Marschallamt der Woiwodschaft Oppeln, Deutsch-Polnische Industrie- und Handelskammer
- **Konferenzsprachen:** Polnisch und Deutsch. Die Veranstaltungen werden simultan gedolmetscht.



ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2021 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>